

Die digitale öffentliche Urkunde im Kontext der AG

Inhaltsübersicht

- | | |
|---|--|
| I. Einleitung | Urkunden und elektronischer |
| II. Begriff und Zweck der öffentlichen Urkunde | Beglaubigungen (EÖBG) |
| III. Regelung der (elektronischen) öffentlichen Urkunde <i>de lege lata</i> | V. Offene Fragestellungen und mögliche Entwicklungen |
| IV. Das neue Bundesgesetz über die Erstellung elektronischer öffentlicher | VI. Fazit |

I. Einleitung

«Der Begriff der «Digitalisierung» erlebt seinen (mindestens) zweiten «Frühling».»¹ Mit diesen Worten spricht PROBST den Wandel an, der sich im Bereich der Digitalisierung abzeichnet. Während das «digitale Zeitalter» vor mehr als zwei Jahrzehnten ins Rollen kam, erfasst und beeinflusst die Digitalisierung die Gesellschaft nun in einer zweiten Phase viel tiefgreifender. Dies lässt sich z.B. in der «Entmaterialisierung der schriftlichen Kommunikation» feststellen – das Papier «als Träger allgemeiner Informationen [...] und rechtsgeschäftlicher Willensäusserungen» wird zunehmend verdrängt.² Die Digitalisierung beeinflusst auch die juristische Branche. So bedient sich die juristische Recherche heute weitgehend digitaler Quellen, und auch elektronisch geführte Akten sind bei Anwälten keine Seltenheit mehr.³ Dennoch nimmt das Papier in der Juristen- und Behördenwelt noch immer eine dominante Rolle ein. Dies zeigt sich vor allem im Kontakt mit Gerichten und Behörden. Nicht nur die elektronische Akteneinsicht sucht man meistens vergebens, auch elektronische Eingaben sind nicht überall möglich.⁴

* Lukas Müller, Prof. Dr. oec. HSG, Rechtsanwalt, lic. iur., LL.M., MA UZH, Assistenzprofessor für Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt Gesellschaftsrecht am Institut für Finanzwissenschaft, Finanzrecht und Law and Economics (IFF-HSG) an der Universität St. Gallen und Gerichtsschreiber, Bundesverwaltungsgericht, Abteilung II, St. Gallen.

** Lara Pafumi, B.A. HSG in Law and Economics.

Die Autoren vertreten ihre eigenen Ansichten und binden ihre Arbeitgeber nicht.

¹ THOMAS PROBST, Digitalisierung und Vertragsrecht Probleme des Schutzes der Privatsphäre aus vertragsrechtlicher Sicht, in: Astrid Epiney/Déborah Sangsue (Hrsg.), Digitalisierung und Schutz der Privatsphäre, Zur Steuerungsfähigkeit der «traditionellen» Rechtsgrundsätze: Analyse und Perspektiven, Basel/Zürich/Genf 2018, S. 45.

² Zum Ganzen: PROBST (Anm. 1), S. 45 f.

³ BENNO QUADE, Digitale Rechtsabteilung: Und der Anwalt?, Anwaltsrevue 2017, S. 282.

⁴ Zum Ganzen: GIAN SANDRO GENNA, Sind wir Anwälte fit für die Digitalisierung?, Anwaltsrevue 2017, S. 56.